



An
Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Berlin, 14. September 2022

Bevorstehendes Klimaschutz-Sofortprogramm: zusätzliche Maßnahmen mit erheblicher CO₂-Wirkung im Verkehrssektor dringend notwendig

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

unlängst hat der Expertenrat für Klimafragen dem Sofortprogramm des Bundesverkehrsministeriums ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt: Es sei „schon im Ansatz ohne hinreichenden Anspruch“ und erfülle „nicht die Anforderung an ein Sofortprogramm“. Im Gegenteil führe es zu einer kumulierten Erfüllungslücke von 261 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente bis zum Jahr 2030.

Es ist offenkundig, dass es weitere klimapolitische Maßnahmen mit erheblicher CO₂-Minderungswirkung braucht, um eine jährlich neue Zielverfehlung des Verkehrssektors zu verhindern und die Zielerreichung für das Jahr 2030 sicherzustellen.

Leider können wir bislang nicht erkennen, dass der Bundesverkehrsminister entsprechende Instrumente und mögliche Ausgestaltungsvarianten erarbeiten lässt. Dabei hat sich die gesamte Bundesregierung im Koalitionsvertrag und per Gesetz dazu verpflichtet, konkrete und ausreichend wirksame Maßnahmen auszugestalten und zu implementieren. Das Klimaschutz-Sofortprogramm bietet nun die Chance, dies umzusetzen.

Der Koalitionsvertrag bekräftigt, dass alle Sektoren ihre Emissionen senken müssen. Mit rund einem Fünftel der Emissionen Deutschlands ist der Verkehrssektor zentral für die Erreichung der Klimaziele. Er ist der einzige Sektor, der seit 1990 seine Emissionen nicht nennenswert verringern konnte. Für das Erreichen des Sektorziels 2030 ist fast eine Halbierung der Verkehrsemissionen gegenüber 2019 notwendig.

Dafür braucht es erhebliche Veränderungen in allen Bereichen der Mobilität: Die Verlagerung von Verkehr auf den ÖPNV, Fuß- und Radverkehr und beim Güterverkehr von der Straße auf die Schiene muss mit Entschlossenheit und ausreichender Finanzierung vorangetrieben werden.

Ebenso braucht es einen schnelleren Hochlauf der Elektromobilität in allen Bereichen. Dies lässt sich nicht wie bislang allein durch kostenintensive Subventionen für E-Autos herbeifördern. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern werden in Deutschland klimaschädliche Verbrenner mit hohen Emissionswerten noch immer subventioniert und zu gering besteuert. Es braucht eine ökologisch ausgerichtete Steuerpolitik, die eine Lenkungswirkung hin zu klimafreundlichen und nachhaltigeren Autos und weg von Verbrennern entfaltet.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Ihre Partei hat in der letzten Legislaturperiode das Klimaschutzgesetz maßgeblich gestaltet und auf den Weg gebracht. Eine Aufweichung der Sektorziele, mit dem sich der Verkehrsbereich aus der Verantwortung stellen könnte, ist nicht hinnehmbar. Im Koalitionsvertrag ist klar geregelt, dass jeder Sektor einen Beitrag leisten muss. **Wir fordern Sie auf, machen Sie Klimaschutz zur Chefsache und sorgen Sie dafür, dass im September ein umfassendes Klimaschutz-Sofortprogramm vorgelegt wird, das den Klimazielen im Klimaschutzgesetz gerecht wird und die Erreichung der Klimaziele im Verkehr bis 2030 durch eine umfassende und konsequente Mobilitätswende sicherstellt.**

Für den Verkehrssektor sind dabei unter anderem folgende Maßnahmen unverzichtbar:

- **Abbau und ökologische Umgestaltung der Dienstwagenbesteuerung:** Die Dienstwagenbesteuerung muss klimafreundlich umgestaltet und gleichzeitig muss das Dienstwagenprivileg sozial gerecht abgebaut werden. Die **1-Prozent-Regelung** für Verbrenner und die **0,5-Prozent-Regelung** für Plug-in-Hybride müssen deutlich erhöht und ökologisch ausgerichtet werden. Zusätzlich müssen die **Abschreibungsmöglichkeiten** für diese Fahrzeuge schrittweise beendet werden. Zwei von drei neuen Autos werden in Deutschland als Firmenwagen zugelassen, die hohe Steuervorteile genießen. Gleichzeitig sind diese Autos für drei Viertel der CO₂-Emissionen von Neuwagen verantwortlich, weil sie oft emissionsintensive Verbrenner sind. Eine ökologische Reform der 1-Prozent-Regelung und der Abschreibungen könnte den Markthochlauf von vollelektrischen Firmenwagen schon kurzfristig ankurbeln, die CO₂-Emissionen senken, sie ist kosteneffektiv und sozialverträglich.
- **Eine CO₂-basierte Neuzulassungssteuer, die als Bonus-Malus-System einmalig bei der Erstzulassung von Verbrennern erhoben wird,** ist hochwirksam, um klimaschonende Neuwagen zu befördern: In allen Ländern mit einer solchen Besteuerung liegen die durchschnittlichen CO₂-Emissionen bei Neuwagen niedriger als in Deutschland. Um die Emissionen rasch zu reduzieren und den Markthochlauf von E-Autos zu beschleunigen, sollte die Bundesregierung eine nach CO₂-Emissionen gestaffelte Neuzulassungssteuer in Anlehnung an das niederländische Modell einführen. Während in Deutschland im Jahr 2020 gut 16 Prozent der Neuwagen besonders klimaschädlich waren, betrug deren Anteil in den Niederlanden weniger als drei Prozent.
- **Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket:** Das 9-Euro-Ticket war mit rund 52 Millionen verkauften Fahrscheinen und rund 1,8 Millionen Tonnen eingespartem CO₂ auch klimapolitisch ein enormer Erfolg. Es zeigt eindrucksvoll, dass der ÖPNV dann attraktiv ist, wenn er günstig und einfach zu nutzen ist. Umso entscheidender ist, dass die Nachfolgeregelung des 9-Euro-Tickets zeitnah umgesetzt wird. Ein dauerhaft bundesweit gültiges Nah- und Regionalverkehrsticket ermöglicht erschwingliche Mobilität für alle und erlaubt, mehr Wege klimafreundlicher zurückzulegen. Um Gelegenheitsnutzende zu einem dauerhaften Umstieg zu bewegen und einen merkbaren Klimaeffekt zu bewirken, sollte es deutlich günstiger als

bestehende Tarife sein und muss zudem auch Menschen mit niedrigem Einkommen soziale Teilhabe ermöglichen. Dafür sollte sich der Bund mit aller Kraft und den notwendigen finanziellen Mitteln einsetzen. Um ein solches Ticket und den dringend notwendigen Kapazitätsausbau an Zügen und Infrastruktur zu finanzieren, müssen die klimaschädlichen Subventionen im Verkehrssektor endlich gestrichen werden.

Wir fordern Sie auf, Ihr Versprechen einer Klimakanzlerschaft einzulösen. Nehmen Sie den Bundesverkehrsminister und das gesamte Kabinett in die Verantwortung, das Klimaschutzgesetz einzuhalten und dazu effektive und schnell wirksame Maßnahmen vorzulegen. Die notwendige Ernsthaftigkeit bei der Umsetzung geeigneter Maßnahmen ist mehr denn je geboten. Bitte, sorgen Sie dafür, dass noch im September das seit Monaten verzögerte Klimaschutz-Sofortprogramm vorgelegt wird und setzen Sie sich besonders im Bereich Verkehr für die notwendigen Maßnahmen ein.

Für weiterführende Gespräche stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Stef Cornelis
Direktor Deutschland
Transport & Environment



Dr. Christiane Averbeck
Geschäftsführende Vorständin
Klima-Allianz Deutschland



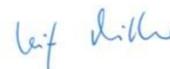
Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand
Greenpeace



Christoph Heinrich
Vorstand
WWF Deutschland



Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer
Germanwatch



Leif Miller
Bundesgeschäftsführer
Naturschutzbund Deutschland



Brick Medak
Leiter Berlin
E3G



Kerstin Haarmann
Bundesvorsitzende
Verkehrsclub Deutschland



Carolin Schenuit
Geschäftsführende Vorständin
FÖS



Eva Maria Welskop-Deffaa
Präsidentin
Deutscher Caritasverband



Kai Niebert
Präsident
Deutscher Naturschutzring



Arndt von Massenbach
Geschäftsführer Politik
INKOTA-netzwerk



Dr. med. Christian Schulz
Geschäftsführer
**KLUG - Deutsche Allianz
Klimawandel und Gesundheit**



Dr. Katharina Reuter
Geschäftsführerin
**Bundesverband Nachhaltige
Wirtschaft**



Dr. Klaus Reuter
Geschäftsführer
**Landesarbeitsgemeinschaft
Agenda 21 NRW**



Dieter Bürbach
Stv. Vorsitzender
B.A.U.M.



Anna Schwanhäußer
Geschäftsführende Vorständin
Together for Future



Sabine Terhaar
Geschäftsführende Vorständin
fairPla.net



Anja Ostermann
Vorstandsvorsitzende (komm.)
BildungsCent



Mechthild Heil
Bundesvorsitzende
**Katholische Frauen-
gemeinschaft Deutschland**



Klaus Breyer
Institutsleiter
**Evangelische Kirche von
Westfalen**



Sören Fencher
Stv. Vorsitzender
POW Germany



Dr. Martin Köppel
Geschäftsführer
Protect the planet



Prof. Dr. Herrmann E. Ott
Vorsitzender des Vorstands
Client Earth – Anwälte der Erde



Jan Plagge
Präsident
Bioland



Michael Schröder-Schulze
Schatzmeister
Bürgerlobby Klimaschutz



Anja Westermann
Stv. Vorsitzende
foodsharing



Sybille Wiesemann
Umweltbeauftragte
Evangelische Kirche der Pfalz



Andreas Luttmmer-Bensmann
Bundesvorsitzender
**Katholische Arbeitnehmer-
Bewegung Deutschlands**



Werner Kiwitt
Geschäftsführer
artefact



Arne Dunker
Vorstand
Deutsche KlimaStiftung



Baraa Abu El Khair
2. Vorsitzender
NourEnergy



Boris Hekele
Vorstand
Changing Cities



Helena Geißler
Klimaschutzreferentin
Netzwerk Klimaherbst



Kerstin Blum
Geschäftsführerin
**Stiftung Gesunde Erde –
Gesunde Menschen**



Gülcan Nitsch
Geschäftsführerin
**Yeşil Çember - ökologisch
interkulturell**



Udo Gattenlöhner
Geschäftsführer
Global Nature Fund

Außerdem zeichneten diesen Brief: Gregor Podschun, Bundesvorstand des Bund der Deutschen Katholischen Jugend; Hans Martin Renno, stv. Ausschussvorsitzender der Evangelisch-methodistische Kirche - Süddeutsche Jährliche Konferenz (EmK-SJK); Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie; Melissa Jäckel, Vorständin der Klimadelegation; Sarah Louis Montgomery von GenderCC – Women for Climate Justice; Maritta Strasser, Bundesgeschäftsführerin von NaturFreunde Deutschlands.